



Fraktion im Rat der Stadt Telgte



Telgte, 22.02.2022

Grüne Fraktion in Telgte fordert entlastende Bedingungen für Kinder und Jugendliche

Die grüne Fraktion in Telgte hat sich erneut intensiv mit den Folgen für Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie beschäftigt.

Nach zwei Jahren der Pandemie wird immer mehr deutlich, dass die größten Schäden, die diese Altersgruppe flächendeckend davon trägt, vor allem durch die einschränkenden Maßnahmen, die Reduktion von Sozialkontakten und einen unsicheren und belastenden „neuen“ Alltag hervorgerufen werden. Eine schwere Erkrankung durch die Infektion ist hingegen äußerst selten.

Die aktuell veröffentlichten Ergebnisse der 3. Befragungsrunde der COPSY Studie, die Kinder und Jugendliche zu ihrer psychischen Gesundheit und Lebensqualität während der Pandemie befragt, sind alarmierend und bestätigen die Aussagen, die schon seit mehreren Monaten von Psycholog:innen und Fachärzt:innen in ganz Deutschland getätigt wurden. 29% der Kinder und Jugendliche weisen psychische Auffälligkeiten auf. Vor der Pandemie waren es 10% weniger. Auch wenn der größte Teil der jungen Menschen die Pandemie gut verarbeiten wird, sind besonders die Kinder benachteiligt, deren Familien ihnen nicht den notwendigen Rückhalt anbieten können und die ohnehin schon benachteiligt waren.

Diese Erkenntnisse beziehen sich nicht nur auf die Situationen in den harten Lockdowns mit Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen, sondern auch nach wie vor durch bleibende Einschränkungen im persönlichen Alltag in Schule und Freizeit.

Als Folge dieser Maßnahmen wird bei Kindern und Jugendlichen beobachtet, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen, dass sie Angst haben um ihre Gesundheit und die ihrer Familienangehörigen. Sie fühlen sich machtlos und verlieren ihre Unabhängigkeit, ihre Selbständigkeit und ihren Freiraum. Auf der einen Seite fallen soziale Kontakte zu Freund:innen und Gleichaltrigen weg, auf der anderen steigen Spannungen und Konflikte in den Familien. Trotz der Unsicherheit ist der Leistungsdruck gerade in den Abschlussklassen nach wie vor sehr hoch. Es ist festzustellen, dass der Medienkonsum deutlich zugenommen hat, die Bildungschancen gerade bei denjenigen abgenommen haben, in denen Ressourcen in ihren Familien nicht vorhanden sind.

Ob Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, nach wie vor angemessen sind und ihre gesamten gesundheitlichen Folgen im Blick haben, muss stärker als bisher berücksichtigt und abgewogen werden. Aus Sicht der Grünen Fraktion in Telgte sind hierbei alle Maßnahmen kritisch auf den Prüfstand zu stellen, die alle Kinder und Jugendlichen pauschal gleichermaßen betreffen, um Nutzen und Schaden in eine angemessene Balance zu bringen. Für individuelle Risikolagen müssen auch individuelle Lösungen getroffen werden.

Wenn Eltern ihre minderjährigen Kinder nicht impfen lassen möchten – und für gesunde Unter-12-Jährige liegt hierzu aus medizinischen Gründen keine STIKO-Empfehlung vor - , dürfen dadurch keine Benachteiligungen und Zugangsbeschränkungen entstehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt reduzieren die individuellen Impf- und Behandlungsmöglichkeiten sowie eine geringe Krankheitslast das gesamtgesellschaftliche Risiko.

Daher muss eine absichernde Perspektive für Kinder, Jugendliche und ihre Familien entstehen, die über die aktuelle Situation hinausgeht. Sie muss unabhängig von Inzidenzen Bestand haben. Wir dürfen im Herbst nicht erneut diese belastenden Maßnahmen für Kinder und Jugendliche diskutieren.

Der aktuelle Übergang in eine endemische Lage muss offen und angstfrei kommuniziert werden. Die Menschen müssen jetzt darauf vorbereitet werden.

Wir fordern:

- Die schrittweise Abschaffung anlassloser Testungen bei symptomfreien Minderjährigen
- Keine Unterscheidung von geimpften und ungeimpften Kinder und Jugendlichen in Bezug auf Maßnahmen und gesellschaftlicher Teilhabe (Kita, Schule, Freizeit)
- Ein konkretes Szenario für die Abschaffung der Maskenpflicht bei Minderjährigen wie z.B. in Niedersachsen schrittweise ab Ende März
- Keine Quarantänen mehr für ungeimpfte Kinder als Kontaktpersonen, sondern ggf. alternative enge Teststrategien
- Die Anpassung der Ein- und Ausreiseregungen ungeimpfter Kinder, z.B. die Abschaffung der Quarantänepflicht ungeimpfter Kinder
- Den Ausbau und die finanzielle Unterstützung niedrigschwelliger, spezifischer und professioneller Unterstützungsangebote, die Schulen und Fachkräfte entlastet und die Kinder und ihre Familien unterstützt u.a. auch in Notbetreuungssituationen
- Die Reduktion von Leistungsorientierung an den Schulen zugunsten von Zeit und Raum für die Aufarbeitung der Erfahrungen und psychosozialen Belastungen und Stärkung von Gemeinschaft und Solidarität, z.B. Klassenfahrten, Klassenausflüge ausdrücklich wieder erlauben
- Eine differenzierte Kommunikation in Bezug auf die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen

im Vergleich zu Älteren in Bezug auf eine Covid-19-Infektion, um teils unbegründete Ängste abzubauen, z.B. die dauerhafte Transparenz bei der Veröffentlichung der Hospitalisierungszahlen durch eine altersspezifische Differenzierung sowie den Grund der Aufnahme (wegen/mit Covid 19)

Daher unterstützen wir aktuelle politische Ausrichtungen, die Institutionen für Kinder und Jugendliche offen zu halten und sie betreffende Beschränkungen vorrangig zu reduzieren. Diese deutliche Perspektive – wissenschaftlich unterstützt durch die aktuelle Positionierung von vier Fachverbänden so unter anderem vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (bvkj) - vermissen wir in den bundespolitischen Öffnungsstrategien.

Kinder und Jugendliche brauchen eine schnellstmögliche Rückkehr zu einem normalen und angstfreien Alltag.